

Inhaltsverzeichnis

A. Ausgangslage und Gegenstand der Untersuchung	11
I. Das Recht der Sportwetten in Deutschland	11
1. Rechtliche Grundlagen des Glücksspiels, insbesondere der Sportwetten in Deutschland	12
a) Bundesrechtliche Regelungen	12
b) Landesrechtliche Regelungen	14
aa) Überblick	14
bb) Die Vorgaben des bislang geltenden Glücksspielstaatsvertrages 2008	15
(1) Regelungsziele, § 1 GlüStV 2008	15
(2) Allgemeine Vorschriften über die Veranstaltung und die Vermittlung öffentlichen Glücksspiels, §§ 3, 4, 9 und 10, 19 GlüStV 2008	16
(3) Sonstige allgemeine Vorschriften, insbesondere zur konsequenten Verwirklichung der in § 1 GlüStV 2008 genannten Regelungsziele, §§ 5 bis 8, 11, 23 GlüStV 2008	17
(4) Besondere Vorschriften für bestimmte Glücksspielbereiche, §§ 12 bis 18, 20 bis 22 GlüStV 2008	18
c) Der „unregulierte“ Glücksspielmarkt, insbesondere die Online-Angebote ausländischer Glücksspielanbieter	19
2. Die grundsätzliche Billigung der Sportwettenregelungen des Glücksspielstaatsvertrages 2008 in der Kammerrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	21
3. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs vom 8. September 2010, insbesondere in den Rechtssachen C-316/07 („Markus Stoß“) u.a.	23
a) Sachverhalt	24
b) Der grundsätzliche Rechtfertigungsmaßstab für Beschränkungen im Glücksspielbereich	24
c) Zu den rechtlichen Auswirkungen tatsächlicher Vollzugsschwierigkeiten im Bereich der Online-Angebote	26
d) Zu den rechtlichen Auswirkungen der Regulierung anderer Glücksspielformen	26

4.	Die wesentlichen Neuerungen des Glücksspielstaatsvertrags 2012	29
a)	Regelungsziele, § 1 GlüStV 2012	29
b)	Allgemeine Vorschriften über die Veranstaltung und Vermittlung öffentlichen Glücksspiels, §§ 3 bis 4e, 9 bis 10a GlüStV 2012	30
c)	Sonstige allgemeine Vorschriften, insbesondere zur konsequenten Verwirklichung der Ziele des § 1 GlüStV 2012, §§ 5 bis 8, 11, 23 GlüStV 2012	31
d)	Besondere Vorschriften für einzelne Glücksspielbereiche, §§ 12 bis 18, 20 bis 22, 24 bis 27 GlüStV 2012	32
5.	Die ausführliche Stellungnahme und die Bemerkungen der Kommission zu einem Entwurf der im Glücksspielstaatsvertrag 2012 enthaltenen Regelungen zum Online-Sportwettenangebot	33
a)	Beschränkung der Zahl zu vergebender Konzessionen	34
b)	Restriktiv ausgestaltete Modalitäten der Konzessionierung	34
c)	Ungleichbehandlung von etablierten Anbietern und neuen Marktteilnehmern	34
d)	Klärungsbedarf im Übrigen	35
6.	Das Glücksspielgesetz des Landes Schleswig-Holstein	36
II.	Gegenstand der Untersuchung: Vereinbarkeit des Konzessionssystems mit den verfassungsmäßigen Rechten (potentieller) Sportwettenveranstalter	37
B.	Wesentliche verfassungsrechtliche Vorgaben	38
I.	Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. März 2006 („Sportwetten“)	38
1.	Legitime Ziele der Beschränkungen	39
a)	Bekämpfung der Spiel- und Wetsucht; Einstufung des Suchtpotentials	39
b)	Schutz der Spieler vor Betrug und Verbraucherschutz	40
c)	Abwehr von Gefahren aus der mit dem Wetten verbundenen Folge- und Begleitkriminalität	41
d)	Keine Möglichkeit zur Rechtfertigung durch fiskalische Interessen oder zum Ausschluss privaten Gewinnstrebens	42
2.	Geeignetheit	42
3.	Erforderlichkeit	43
4.	Angemessenheit	44

a)	Der vom Bundesverfassungsgericht zugrunde gelegte Prüfungsmaßstab	44
b)	Unzumutbarkeit der Regelungen des bayerischen Staatslotteriegesetzes	45
c)	Abgrenzung zum Prüfmaßstab des Europäischen Gerichtshofs	47
aa)	Grundsatz: Kein verfassungsrechtliches Erfordernis einer „Gesamtkohärenz“	47
bb)	Die grundgesetzliche Verteilung der Regelungszuständigkeiten auf den Bund und die Länder	48
cc)	Die Berücksichtigung unterschiedlicher Glücksspielformen	49
II.	Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 2008 („Rauchverbot“)	51
1.	Der vom Bundesverfassungsgericht zugrunde gelegte Prüfungsmaßstab und die darauf beruhende verfassungsrechtliche Beurteilung der Rauchverbote	51
2.	Mögliche Übertragung auf den Bereich des Glücksspiels	54
C.	Verfassungsrechtliche Beurteilung des im Glücksspielstaatsvertrag 2012 vorgesehenen Konzessionssystem am Maßstab der Berufsfreiheit aus Art. 12 Abs. 1 GG	55
I.	Exkurs: Persönlicher Schutzbereich	55
II.	Die Beschränkungen als Eingriffe in den sachlichen Schutzbereich der Berufsfreiheit	57
III.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Beschränkungen	58
1.	Verhältnismäßigkeit der Beschränkungen	58
a)	Prüfungsmaßstab	58
b)	Legitime Regelungsziele	59
c)	Geeignetheit insbesondere der restriktiven Veranstaltungsbeschränkungen angesichts des florierenden „unregulierten“ Sportwettenmarktes	60
d)	Erforderlichkeit der Berufszulassungsbeschränkungen im Sportwettenbereich	65
aa)	Die zahlenmäßige Beschränkung der zu vergebenden Konzessionen	66
bb)	Die Höhe der Abgabenbelastung	67
e)	Angemessenheit der Beschränkungen	69

aa)	Das Konzessionsmodell als inkonsequent ausgestaltete Regelung zur Vermeidung und Bekämpfung von Spiel- und Wettsucht	69
(1)	Bestimmung des mit dem Konzessionsmodell verfolgten Schutzniveaus	69
(2)	Verfassungsrechtliche Anforderungen an eine konsequente und folgerichtige Ausgestaltung des gewählten Schutzniveaus	71
(3)	Beurteilung der Konsequenz und Folgerichtigkeit des geplanten Konzessionssystems, insbesondere der zahlenmäßigen Beschränkung der Konzessionen, §§ 4a Abs. 3, 10a Abs. 3 GlüStV 2012	72
bb)	Inkonsequenzen im Vergleich zu den Regelungen in anderen Glücksspielbereichen und zu den Regelungsmodellen anderer Gesetzgeber	74
(1)	Der Vergleich mit Regelungen in anderen Glücksspielbereichen	75
(2)	Der Vergleich mit den Regelungsmodellen anderer Gesetzgeber, insbesondere mit dem Glücksspielgesetz des Landes Schleswig-Holstein	76
cc)	Unzumutbarkeit der Hinnahme des großen „unregulierten“ Sportwettenmarktes	79
dd)	Bevorteilung staatlicher Sportwettenveranstalter?	79
2.	Bestimmtheit der Beschränkungen	80
a)	Die Bestimmtheit der Auswahlkriterien nach § 4b Abs. 5 GlüStV 2012	80
b)	Die Bestimmtheit der Ermächtigung zur Konkretisierung von Art und Umfang der erlaubten Werbung, § 5 Abs. 4 GlüStV 2012	82
D.	Zusammenfassung	85